

Bezirksverband bereitet sich auf Kommunalwahlen vor

Die frisch ins Leben gerufene AG Kommunales bereitet gegenwärtig die GEW-Forderungen und -Positionen zum Kommunalwahlkampf vor (der auch als Baustein für die Landtagswahlen im Frühjahr 2008 gesehen wird), der am 26. März 2006 hoffentlich ein Ende der bleiernen Viererkoalition mit sich bringen wird.

In Bezug auf die Schulentwicklung muss endlich Ideologie durch den Elternwillen ersetzt werden. Initiativen für integrierte System sind zu unterstützen. Schulentwicklungspläne müssen mit den betroffenen Schulgemeinden abgestimmt werden. Dies gilt nicht zuletzt für den Schulentwicklungsplan S. Schulentwicklungspläne müssen Benachteiligungen abbauen und nicht verstärken, MigrantInnen darf nicht unter der Flagge der „Entghettoisierung“ die nötige Förderung entzogen werden.

Die Schließung der Elly-Heuss-Knapp-Schule dient diesem Ziel nicht wie auch der verfehlte Berufsschulabwicklungsplan die Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht vergrößert, sondern vermindert hat.

Die Stadt darf sich aus ihrer Ausbildungsverantwortung als großer kommunaler Arbeitgeber ebenfalls nicht verabschieden.

Die Ausstattung von Schulen wird Thema sein, denn in Bruch- unden lernt es sich schlecht!

Der Ganztagschule muss ein erhöhter Stellenwert beigemessen werden, aber Ganztagsangebote darf es nicht zu Dumpingpreisen geben.

Ein ausreichendes Kita-Angebot mit ausreichendem Personal, kostenloser Kita-Besuch sollte das Gebot der Stunde sein.

Das Problem der vorangetriebenen Privatisierung in der Stadt muss thematisiert werden: weder darf die Verpflegung von Großkonzernen diktiert werden, noch an den Reinigungskräften oder den -Standards gespart werden.

Schulen dürfen nicht zu Sponsoring gezwungen werden.

PPP-Projekte sind naturgemäß teurer als eine kommunale Investition und deshalb kontraproduktiv.

Der Niedergang der VHS muss gestoppt und ausreichende und preiswerte Angebote sozial Benachteiligten gemacht werden. Kursleiter dürfen nicht weiter zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden.

Ein System von Stadtteilbüchereien – auch in Vernetzung mit Bildungseinrichtungen – muss einen hohen Stellenwert in der Stadt genießen.

Kinder- und Jugendhäuser gewinnen bei zunehmender Verarmung der Bevölkerung an Bedeutung.

Die Nummer 1/2006 der FLZ wird dem Schwerpunkt Kommunalwahlen gewidmet sein.

PPP

Sicherheitsgefahren im „Bildungszentrum Ostend“ keineswegs gebannt !

Die Ergebnisse der Räumungsübung vom 17.11.05 müssten PPP-Betreiber und Stadt Frankfurt eigentlich alarmieren.

Die von der Bethmannschule lange angemahnte Feuerschutzübung wurde schließlich am 17.11.2005 in abgespekter Form doch durchgeführt. Ursprünglich wollte man sich mit Computersimulationsmodellen behelfen.

Der Druck – über die Unfallkasse Hessen und über die Interventionen des GPRLL im Arbeitsschutzausschuss – sorgte schließlich für eine reale Übung, wenn auch nicht eine realistische.

So wurden die Brandschutzwände nur teilweise herabgelassen. Die Kapazitätsauslastung zum Zeitpunkt der Räumungsübung lag (unter anderem wegen bereits erfolgter Prüfungen) unter 50%!

Trotzdem gab es erhebliche Rückstaus in beiden Fluchttreppenhäusern; in die Fluchttreppenhäuser ragen Fluchttüren, was zusätzliche Verengungen und Verletzungsgefahr mit sich bringt.

Die Schule moniert, dass das Brandschutz- und Fluchtwegekon-

zept gem. Baugenehmigung den Schulen immer noch vorenthalten wird. Zu keinem Zeitpunkt seien die Schulen in die Fluchtwegeplanung eingebunden worden. Vorschriften würden nicht eingehalten, die Rauchschutzwände seien nicht dicht, Personen könnten durchgehen bzw. Rauch könne entweichen.

Unklarheit besteht darüber, ob das Haupttreppenhaus im Falle der nicht heruntergelassenen Rauchschutzwände überhaupt genutzt werden dürfe. Behinderte könnten nicht durch die Treppenhäuser ins Freie geführt werden. Rettungsfahrzeuge könnten nur unter erschwerten Bedingungen in den Gebäudeinnenhof, da Betonpfosten und Torpfeiler im Wege stünden, Einsatzfahrzeuge über 9 Tonnen dürfen gar nicht in den Innenhof, unter dem sich die Tiefgarage befindet.

Diese Feuerschutzübung wirft ein bezeichnendes Licht auf die PPP-Strukturen:

Ein Schulleiter, der nicht Hausherr ist, sondern nur „Mieter“, eine Firma, die bei den Investitionen (z.B. Treppenhäusern) gespart hat und eigentlich beim Bau schon an eine spätere Nutzung als Bürogebäude gedacht haben mag und die Behörden, die weniger die Sorgen und Anliegen einer Schule, ihres Schulleiters und der Personalvertretung zu interessieren scheinen als ein gutes Verhältnis zu dem privaten Betreiber, der immerhin zu einem der größten Baukonzerne Europas gehört.

Keine ungesicherten, prekären Arbeitsverhältnissen bei städtischen Betrieben!

Die folgenden Punkte sind nach Ansicht des SprecherInnenrates, der gewählten Vertretung der Kursleiter/-innen an der VHS Frankfurt, die drängendsten Forderungen, die in die Wahlprogramme der Parteien, die für die Stadtverordneten-Versammlung kandidieren, Aufnahme finden sollten:

— Keine Duldung von ungesicherten, prekären Arbeitsverhältnissen bei städtischen Betrieben inklusive der VHS!

— Beschäftigungssicherung für die Kursleiter/-innen durch die Schaffung eines Haustarifvertrages!

— Aufnahme der Kursleiter/-innen in die Unfallversicherung der VHS!

— Regelmäßige Honoraranpassung an die Inflationsrate bzw. die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst!

— Keine Verschlechterung der materiellen Situation der (Dozenten/-innen) Kursleiter/innen! Für die Zukunft der VHS als kommunaler Bildungsträger halten wir die nachstehenden Punkte für unverzichtbar:

— Erhalt der VHS als Bildungseinrichtung auch für sozial Benachteiligte und eine in diesem Sinne sozial ausgerichtete Gebührenpolitik!

— Wiedereinrichtung eines Service-Centers in der Stadtmitte!

— Stärkere Präsenz der VHS in den Stadtteilen!

— Sitz und Stimme für die Kursleiterinnen-Vertretung in der VHS-Betriebskommission!

— Aufnahme der Kursleiterinnen-Vertretung in die Satzung der VHS!

Der SprecherInnenrat strebt nach dem Beispiel anderer hessischer

VHSen wie der VHS Darmstadt und der VHS Marburg-Biedenkopf die Aufnahme der Kursleiterinnen-Vertretung in die Satzung der VHS Frankfurt an und hat diese Forderung auch durch einen Abgesandten auf der letzten Sitzung der Betriebskommission vorgetragen. Die Kursleiterinnen-Vertretung sollte ein satzungsgemäßes Organ der VHS sein und (auf diese Weise den Interessen der Dozenten/innen die adäquate Anerkennung durch die Stadt Frankfurt widerfahren) entsprechend anerkannt werden.

Für den SprecherInnenrat i.A. Ernst Olbrich, Thomas Flögel, Edeltraud Roth

(Anmerkung der Redaktion: Dies ist eine Verlautbarung des bisherigen SprecherInnenrats)

SprecherInnenrat international

Mit je zwei Mitgliedern aus Frankreich und Deutschland sowie je einem aus Chile und Ungarn wählte die Vollversammlung der Kursleiter/-innen an der VHS Frankfurt eine neue Kursleiter/-innen-Vertretung, die in ihrer internationalen Zusammensetzung ein demokratisch repräsentatives Abbild von Teilnehmer/-innen-Publikum und ungesichert Beschäftigten ist. Die beiden nahezu einstimmig verabschiedeten Beschlüsse der Versammlung, die VHS-Leitung zur Aufnahme des SprecherInnenrates als Gremium in die Satzung des Eigenbetriebes aufzufordern sowie seine Beteiligung an der Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

zu verlangen, steckten erste Wegmarken für das Arbeitsprogramm der neuen Vertretung ab. In Zeiten, wo starke Buchungsrückgänge im dritten Jahr hintereinander als Folge einer in Zukunft noch zu forcierenden städtischen Streichungspolitik die Existenz der Erwachsenenbildung in öffentlicher Verantwortung in Frankfurt bedrohen, kommen auf die neue Kursleiter/-innen-Vertretung gewaltige Aufgaben zu. Mit der erfolgreichen Neuwahl ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Position der ungesichert Beschäftigten an der VHS getan.

Ernst Olbrich

Berufsschulentwicklungsplan in der Sackgasse

Immer mehr zeigt sich, dass die Probleme, die mit der im SEP-B geplanten Auflösung der Elly-Heuss-Knapp-Schule entstehen, nicht zu lösen sind.

Vier Schulen, ihre Kollegien und ihre Schüler sind letztlich die Leidtragenden einer verfehlten Politik: Die Wilhelm-Merton-Schule würde eine dauerhafte 5 km entfernte Dependence bekommen, trotzdem reicht der in der Eichendorffstraße freigeräumte Platz nicht für die aus allen Nähten platzende Franz-Böhm-Schule aus. Dies auch deshalb, weil Einzelhändler-Schülergruppen von der Elly-Heuss-Knapp-Schule wieder zurückverlagert werden. Also eine Dependence auch für die Franz-Böhm-Schule?

Die Hans-Böckler-Schule, der ursprünglich eine Schule ohne Dependence versprochen worden war, muss mit dem Ausbau ihrer Außenstelle in der 5 km entfernten Pestalozzi-Grundschule leben.

Weshalb eine derart negative Schul-,entwicklung betrieben wird, ist unerfindlich. Haben sich die Verantwortlichen in dem Plan verstrickt? Dass für die dafür nötigen Umbaumaßnahmen großen Stils auch noch Millionen ausgegeben werden sollen, die man besser in Erweiterungsbauten stecken würde, ist kaum noch nachzuvollziehen.

Eine weitere Erfahrung beginnt sich ebenfalls abzuzeichnen:

Die Förderung benachteiligter Schülergruppen entpuppt sich be-

reits nach einem halben Jahr Erfahrung mit der Schließung der Heinrich-von-Stephan-Schule als Schimäre. Weder stehen mehrere Berufsfelder wie vorher zur Auswahl noch stehen vielfach die entsprechenden Werkstätten bereit noch ist oft die Anbindung an Berufe gegeben. Bis zu 50% der entsprechenden Schülergruppen, so ist zu befürchten, fallen durch den Rost.

Es wird Zeit zur Umkehr. Die ursprünglichen Leitlinien sollten einer Evaluation unterzogen werden wie dies ja auch sonst immer gefordert wird. Nur so kann es gelingen, zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung zu kommen.

Herbert Storn

Gesundes Essen – gesunde Kinder

Wie berichtet, haben wir die Frankfurter Schulen angeschrieben, um zu erfahren, ob dort ein Interesse an einem Informationsaustausch über Mittagessens-Angebote besteht.

Zeitlich sind wir mit dieser Umfrage gut platziert, denn laut einem Artikel aus der FR vom 10.12. werden derzeit an 36 Frankfurter Schulen Konzeptionen für eine Essensversorgung am Mittag erstellt. Gleichzeitig, so die FR, sei dies „ein Wachstumsmarkt für Caterer“, und nicht immer ist der billigste der beste, und auch ein weltweit operierender Caterer steht nicht unbe-

dingt für die Essensqualität, die sich Eltern für ihre Kinder wünschen.

Der Rücklauf auf unseren Fragebogen war dementsprechend lebhaft. Es entfaltete sich eine bunte Landschaft, in der Schulen selbstgestrickte Lösungen haben, andere Verträge mit Caterern haben und damit zufrieden sind oder aber gerne über Alternativen Bescheid wüssten, noch andere melden hohen Informationsbedarf an.

Zusammen mit dem Stadtteilernbeirat, dem StadtschülerInnenrat und dem Verein Kinderessen werden wir zu Beginn des neuen

Jahres die interessierten Schulen zu einer Veranstaltung einladen, um Informationen auszutauschen. Beratungsbedarf zu erheben oder auch ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln.

Marianne Friemelt

